

## Kirche und Gesellschaft in Europa

„Kirche und Gesellschaft in Europa“ nahm im Herbst 1971 seine Tätigkeit auf, die Kirchen mit den spannungsvollen Entwicklungen und Zusammenhängen der europäischen Integration zu konfrontieren. Dieser Neugründung in Brüssel ging ein Beschluß der protestantischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Niederlande sowie der protestantischen und anglikanischen Kirchen Großbritanniens voraus, regelmäßig in Brüssel zusammenzukommen, um die neuen Wege zur europäischen Einigung kritisch zu prüfen und gemeinsam zu Schlußfolgerungen und Stellungnahmen zu gelangen. Kirchen in europäischen Ländern, die der Gemeinschaft nicht angehören, können ebenfalls Mitglied werden. Auch Vertreter der „Konferenz Europäischer Kirchen“, des Ökumenischen Rates der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen, die auf europäischer Ebene tätig sind, sowie eine Vertretung der römisch-katholischen Kirche nehmen an diesem „Beratenden Ausschuss“ teil.

Mit dem neuen Zentrum „Kirche und Gesellschaft“ wird ein Instrument für die kritische Auseinandersetzung mit der Orientierung und Politik der Europäischen Gemeinschaften geschaffen. Die aus der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas entspringenden sozialetischen Probleme sollen aufgegriffen, reflektiert und den Kirchen bewußt gemacht werden. „Kirche und Gesellschaft“ wird den europäischen Dialog sowohl mit den Kirchen als auch mit den politisch Verantwortlichen der europäischen Gemeinschaften aufnehmen. Die Kirchen wollen die europäische Integration nicht mehr von einer distanzierten Position aus beurteilen, sondern in die Zusammenhänge der Integration eindringen und mit der Offenlegung der dabei auftretenden sozialetischen Fragestellung einen Beitrag für die Entwicklung einer neuen europäischen Gesellschaft leisten. Eine Voraussetzung dafür sind Sachinformationen, Analysen und Kommentare über die Entscheidungen und Entwicklungen in Brüssel. Mit dem Aufbau dieser Arbeit beauftragten die Kirchen Frau Dr. Irmgard Kees, die viele Jahre bei den Europäischen Gemeinschaften in der Informationspolitik gearbeitet hat.

Der Impuls zu dieser europäischen Aktion der Kirchen ging vorwiegend von einer Gruppe europäischer Beamter aus, die bereits seit Jahren als engagierte Laien die politische Dimension der europäischen Einigung, mit ihren in das Leben des einzelnen tief eingreifenden Veränderungen, als eine sozialetische Herausforderung an die Kirchen ansahen. Denn die europäische Wirtschaftsintegration ist ein politischer und gesellschaftlicher Vorgang, der bestehende Strukturen verändert und mit der Lösung von Problemen zugleich neue Probleme schafft und neue Entwicklungsprozesse einleitet. Der politische Anspruch der Integration erfordert eine ständige kritische Auseinandersetzung mit ihren Mitteln und Zielen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Kirchen, die um so drängender ist, als die wirtschaftliche Integration vor der politischen und gesellschaftlichen Einigung schon einen zu weiten Vorsprung erlangt hat. Angesichts der Erweiterung der Gemeinschaften von sechs auf zehn Mitgliedsländer,

angesichts des Übergangs zur Wirtschafts- und Währungsunion sind unabhängige Zentren der kritischen Reflexion und eine ständig neue Prüfung der politischen Entscheidungen besonders notwendig.

Die in der Öffentlichkeit weithin übliche Vorstellung, das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sei allein die Hebung des allgemeinen Wohlstandes, wird also bewußt überschritten. Es sollen nicht die wirtschaftlichen Fortschritte der Integration hervorgehoben werden, vielmehr muß der gesamte wirtschaftliche Prozeß stets in seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft hinterfragt werden. Es ist eine Illusion, die europäische Einigung funktioniere völlig unabhängig von den Individuen und von deren gemeinschaftlichem Verhalten. Weder läßt sich der Mensch auf eine ihm vorgeschriebene Rolle in der europäischen Integration reduzieren, noch existiert er außerhalb dieses Systems. Eine zentrale Frage der menschlichen Freiheit ist in diesem Zusammenhang vielmehr das Verhältnis des einzelnen zu den entstehenden europäischen Entscheidungszentren, die seine Umwelt immer stärker beeinflussen. Aus dieser Sicht drängen sich vor allem folgende Fragen auf:

- Welche Gesellschaft muß in Europa zukunftsbestimmend werden?
- Wie können in europäische Konzeptionen menschliche Probleme stärker eingebracht werden? Werden zum Beispiel die sozialen Auswirkungen der Landwirtschaftspolitik der EWG, Millionen von Menschen aus der Landwirtschaft herauszuführen, genügend durchdacht?
- Ist schon erkannt, daß sich mit der Verwirklichung der „Wirtschafts- und Währungsunion“ die gesamte politisch-soziale Landschaft grundlegend verändern wird?
- Wer sieht und löst die Sozialprobleme, die dadurch entstehen, daß einerseits die Industrie nur zögernd in den europäischen Entwicklungsgebieten investiert, andererseits aber die Freizügigkeit der Arbeitskräfte die Abwanderung von Menschen in großem Ausmaß fördert? Das Nomadentum von Millionen von Gastarbeitern in Europa verschärft die industrielle Ballung im Norden Europas und kann leicht zur Stagnation anderer Regionen Europas führen.
- Welche gemeinsamen Reformen müssen auf dem Gebiet der Bildung und Berufsausbildung vorbereitet werden?
- Wie kann die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in den Entwicklungsländern durch europäische Zusammenarbeit verwirklicht werden?

Dies sind nur einige von vielen Fragen, die bisher vorwiegend im nationalen Rahmen behandelt wurden. Jeder Staat sucht allein und auf seine Weise Lösungen für die wachsenden sozialen Spannungen, Konflikte und Umschichtungen. Auf europäischer Ebene beginnt nur langsam und zögernd die Diskussion um Mechanismen zur Lösung der Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft.

Die europäische Präsenz der Kirchen wird gemäß dem Prinzip der Offenheit nach allen Seiten der modernen Gesellschaft strukturiert. Die Kirchen möchten ihre Arbeit aus einer gemeinsamen Denkleistung und in der Bereitschaft für gegenseitige kritische Rückfragen entwickeln. Das Engagement der Kirchen ist nicht für, sondern gegenüber der europäischen Einigung zu verstehen. Es geht darum, im Sinne einer „kritischen Solidarität“ sowohl die kirchliche Freiheit als auch ein politisches Engagement zu verantworten. Dabei wird besonderer Wert darauf gelegt, daß dies nicht zur ausschließlichen Sache der Kirchen-

verwaltungen oder der Theologen wird, sondern daß die Antwort auf die europäischen Fragen auch von anderen Gruppen geprägt wird, die sich mit diesen Problemen der künftigen Gesellschaft in Europa auseinandersetzen.

### *Sozialethische Information*

Die intensive Beschäftigung mit europäischen Fragen verlangt vorrangig die Verbesserung der Information, denn innerhalb der Kirchen und kirchlichen Gruppen ist die Bedeutung der europäischen Integration bisher nur unzureichend bekannt.

Als erstes ist eine spezielle Informationsarbeit über europäische Fragen vorgesehen. Ein regelmäßig erscheinender „Informationsdienst“ richtet sich an die verantwortlichen Personen und Gremien der Kirchen, an die Kirchenpresse, an die Zentren kirchlicher Bildung und Ausbildung, an die evangelischen Akademien und an einige, an diesen Problemen besonders interessierte Gemeinden und Jugendgruppen. Der Informationsdienst erscheint in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache.

Sozialethische Information über die europäische Wirtschaftsintegration ist eine bisher kaum erkannte Aufgabe. Zwar gibt es in Brüssel zahlreiche Korrespondenten, die für Rundfunk und Presse über die Vorgänge in Brüssel berichten. Aber ihre Informationen bleiben zum großen Teil eine Auseinandersetzung mit der Fragestellung der Öffentlichkeit ihrer Länder oder sind auf spezifische Wirtschaftsinformationen abgestellt. Fragestellungen, die den Einfluß der Integration auf die europäische Gesellschaft in den einzelnen Ländern herausarbeiten und die engen Zusammenhänge zwischen der Politik der Gemeinschaften und den Lebensbedingungen des einzelnen aufzeigen, gibt es erst in wenigen Ansätzen. Die ganze Spannweite der sich stellenden menschlichen Probleme bleibt noch viel zu sehr verborgen.

Über diese Information und Reflexion hinaus sollen die politischen Entscheidungszentren in Brüssel mit den Überlegungen und Stellungnahmen der Kirchen konfrontiert werden. Denn der einzelne wird in Zukunft immer stärker von europäischen Strukturen und Institutionen geprägt. Daraus leitet sich die Berechtigung ab, daß die Kirchen nicht nur sozialethische Zielsetzungen an der europäischen Gesellschaft messen, sondern auch direkt mit den Verantwortlichen der europäischen Politik in einen Dialog eintreten.

*Irmgard Kees*

## Die britischen Kirchen heute

Ich begrüße die Gelegenheit, die mir der Herausgeber der „Ökumenischen Rundschau“ gegeben hat, etwas über die Ausprägung des kirchlichen Lebens in Großbritannien und die Situation, in der sich die britischen Kirchen zu Beginn der siebziger Jahre befinden, schreiben zu dürfen. In einer früheren Ausgabe der „Ökumenischen Rundschau“ erschien eine Rezension meines Buches „The British Churches Today“ (SCM, London), als eine zweite Auflage veröffentlicht wurde. Die eigentliche Vorarbeit für diese zweite Auflage erwies sich als aufschlußreiche und sogar beunruhigende Erfahrung. Das Buch war ursprüng-